

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2025

Veranstaltungen / Unternehmerreisen 3

21.10.2025	Webinar „Mit Künstlicher Intelligenz den richtigen Zolltarif finden“	3
22.10.2025	Webinar zur Mitarbeiterentsendung in die Schweiz	3
24.10.2025	Webinar „Künstliche Intelligenz im Außenhandel“	3
29.10.2025	IHK-Außenwirtschaftskreis in Emden.....	4
04.11.2025	Inhouse-Marktberatung Indien.....	4
05.11.2025	Webinar zur Entsendung von Mitarbeitern in die Türkei	5
06.11.2025	Internationaler Beratertag in Hannover	5
29.11.2025	Webinar zu Wirtschaft, Recht und Zoll in der Schweiz	5

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 6

Ägypten: Vorabregistrierung für Luftfracht	6
China: Antidumpingzölle auf Schweinefleisch aus der EU	6
Deutschland: BAFA stellt Prüfung von LkSG-Berichten ein und ändert Bußgeldpraxis	6
EU: Antidumpingmaßnahmen im Stahlbereich	7
EU: Aussetzung bestimmter Zollpräferenzen gegenüber Indien, Indonesien und Kenia	7
EU: Freihandelsabkommen mit Indonesien abgeschlossen	7
EU: Neue Stahlschutzmaßnahmen	7
EU: Vereinfachung der CBAM-Regelungen	8
EU: Vorschlag zur Aussetzung des Handelsabkommens mit Israel.....	8
EU: Vorschläge zur Annahme der Abkommen mit Mexiko und Mercosur	8
Indien: Neustrukturierung der Umsatzsteuersätze	8
Iran: Verschärfung der EU- und US-Sanktionen.....	9
Kanada: Meldepflicht für Kunststoffimporte.....	9
Saudi-Arabien: Neue Anforderung an Importeure	9
Thailand: Umsatzsteuer bleibt bei sieben Prozent	10
USA: Zusätzliche Zölle auf Holz und Holzprodukte	10
WTO: Übereinkommen über Fischereisubventionen tritt in Kraft	10

Ländernotizen 11

Indien: Automobilindustrie wächst weiter	11
Marokko: Maschinenabsatz hängt oft von der Finanzierung ab	11
Mexiko: Automobilindustrie manövriert durch schwieriges Terrain.....	11
Polen: Investitionen in das Recycling kritischer Rohstoffe	11
Ukraine: Lwiw als Wirtschaftsregion mit Potential.....	12
Ukraine: Rohstoffkooperation mit den USA vor dem Start	12
Vietnam: Ein neuer Player in der Halbleiterindustrie	12

Veröffentlichungen	13
Aktuelles zur EU-Entwaldungsverordnung	13
Exportkontrolle: Neuer Leitfaden für Universitäten und Forschungseinrichtungen	13
Verschiedenes	14
Europäische Spitzenverbände fordern langfristige Vision für EU-Binnenmarkt	14
Neue EU-Plattform für Rohstofflieferketten	14
Impressum	15

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

21.10.2025 Webinar „Mit Künstlicher Intelligenz den richtigen Zollltarif finden“

Jede zu importierende oder exportierende Ware muss in den Zollltarif eingereiht werden. Von der richtigen Einreihung (Tarifizierung) hängen unter anderem die Höhe der Zollabgaben, die Kriterien der Präferenzermittlung, Exportkontrollmaßnahmen sowie erforderliche Ein- oder Ausfuhrgenehmigungen ab. Eine falsche Tarifizierung zählt zu den häufigsten Fehlerquellen bei Zollprüfungen und kann aufgrund der vielfältigen Einflussfaktoren schnell zu Bußgeldern oder Nachzahlungen führen. Jedoch wirft die Ermittlung der richtigen Zollltarifnummer zahlreiche Fragen und Unsicherheiten auf. Die korrekte Auslegung erfordert umfassende Kenntnisse der teilweise sehr detaillierten Anmerkungen und Erläuterungen zu den Abschnitten und Kapiteln des Zollltarifs. Dieser Prozess ist oftmals zeitintensiv und verlangt umfangreiches technisches Know-how, weshalb er keinesfalls unterschätzt werden sollte. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob es Tools gibt, die diesen Prozess unterstützen oder sogar automatisieren können. Kann Künstliche Intelligenz hierbei eine Unterstützung sein? Und vor allem: Wie zuverlässig und belastbar sind die Ergebnisse? Unser kostenfreies Webinar am 21. Oktober 2025 von 10 bis 12 Uhr greift diese Fragen auf und zeigt, wie KI-basierte Lösungen Unternehmen helfen können, präzise und verlässlich Zollltarifnummern zu ermitteln und gleichzeitig die Prozesssicherheit zu erhöhen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit (bis zum 20. Oktober) finden Sie auf [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

22.10.2025 Webinar zur Mitarbeiterentsendung in die Schweiz

Zusammen mit der IHK Braunschweig und weiteren IHKs informiert die IHK für Ostfriesland und Papenburg am 22. Oktober 2025 von 10:30 bis 12 Uhr über die Entsendung von Mitarbeitern und Auftragsabwicklung in der Schweiz. Die Schweiz ist für deutsche Unternehmen ein bedeutender Wirtschafts- und Handelspartner. Mit ihrem stabilen Markt, einer hohen Kaufkraft und der geografischen Nähe bietet sie attraktive Chancen für grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten. Jedoch stellt die Entsendung von Mitarbeitern und Auftragsabwicklung viele Unternehmen vor komplexe Herausforderungen – von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen über kantonale Meldepflichten bis hin zu steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Aspekten. In unserem Webinar geben wir einen fundierten Überblick über die aktuellen Regelungen und praktischen Anforderungen bei Tätigkeiten in der Schweiz. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit (bis zum 21. Oktober) finden Sie auf [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

24.10.2025 Webinar „Künstliche Intelligenz im Außenhandel“

Seit der Einführung von ChatGPT ist das Thema Künstliche Intelligenz (KI) in aller Munde. Dabei umfasst KI weit mehr als nur den Einsatz großer Sprachmodelle. Auch im Außenhandel eröffnen sich vielfältige Anwendungsmöglichkeiten, um Herausforderungen wie beispielsweise dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig stellt die Kombination aus branchenspezifischen Anforderungen und technologischer

Komplexität viele Unternehmen vor besondere Herausforderungen bei der Umsetzung. Unser kostenfreies Webinar am 24. Oktober 2025 von 10 bis 11:30 Uhr gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der angewandten Forschung von KI-Lösungen im Außenhandel, deren Einsatzmöglichkeiten und beschreibt die aktuellen Aufgaben, die seitens der Forschung derzeit angegangen werden. Referentin ist Dr. Paulina Prantl vom Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS in München. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit (bis zum 22. Oktober) finden Sie auf [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

29.10.2025 IHK-Außenwirtschaftskreis in Emden

Der Außenwirtschaftskreis der IHK blickt in seinem Treffen am 29. Oktober von 11:00 bis 13:15 Uhr auf die transatlantischen Beziehungen und den Seeverkehr aus Asien. Brandon Bohrn, Experte für US-Politik bei der Bertelsmann Stiftung in Berlin, wird auf die Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft in (sicherheits-)politischer und wirtschaftlicher Hinsicht blicken: Wie stellt sich die Lage gegen Ende des ersten Jahres der Trump-Administration dar? Kann das historische Bündnis zwischen Europa und den USA gegenwärtige und kommende Herausforderungen meistern? Wie werden neue Prioritäten die Beziehungen langfristig gestalten? Der Vortrag gibt eine Analyse der Chancen und Risiken an diesem entscheidenden Wendepunkt. Im weiteren Teil der Veranstaltung blicken wir auf den Seeverkehr zwischen Asien und Europa. Wiederholt haben Ereignisse die Verwundbarkeit der Seewege und störanfällige Schiffsrouten offenbart. Kritische Situationen und Konflikte unterbrechen regelmäßig Lieferketten. Was aber sind Alternativrouten für den Handel und Warenverkehr zur See zwischen Asien und Europa? Edda Schlager, Senior Manager bei Germany Trade & Invest, analysiert maritime Krisenregionen und zeigt mögliche Alternativen auf. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit (bis zum 22. Oktober) finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#). Der Kreis richtet sich an Unternehmer sowie Fach- und Führungskräfte, die sich als Hauptverantwortliche mit dem internationalen Geschäft befassen.

04.11.2025 Inhouse-Marktberatung Indien

Die IHK informiert Unternehmen am 4. November über aktuelle Entwicklungen und Geschäftsperspektiven in Indien. Dirk Matter, Leiter der Deutsch-Indischen Handelskammer (AHK) in Düsseldorf, erklärt bei Inhouse-Beratungen direkt in den Unternehmen, welche Möglichkeiten der indische Markt bietet. Themen der individuellen 60-minütigen Beratung können beispielsweise Firmengründungen und Geschäftspartnersuche in Indien, Fragen des Markteintritts und -ausbaus, Personalsuche, Rechts- und Steuerfragen aber auch kulturelle Besonderheiten im Umgang mit indischen Geschäftspartnern sein. Ein Mitarbeiter der IHK begleitet den Termin und steht für ergänzende Fragen zur Verfügung. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit (bis zum 24. Oktober) finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

05.11.2025 Webinar zur Entsendung von Mitarbeitern in die Türkei

Ein kostenfreies Webinar der IHK Lüneburg-Wolfsburg am 5. November um 10 Uhr gibt einen Überblick über rechtliche Grundlagen und praxisnahe Lösungsansätze zur Mitarbeiterentsendung in der Türkei. Die Teilnehmer erhalten Informationen zum Aufenthalts- und Arbeitsrecht, steuerlichen Aspekten und dem Sozialversicherungsrecht. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Lüneburg-Wolfsburg](#).

06.11.2025 Internationaler Beratertag in Hannover

Internationales Wachstum braucht Übersicht und spezifisches Wissen über Zielmärkte. Genau das bietet der Internationale Beratertag des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen am 6. November in der IHK Hannover. Freuen Sie sich auf individuelle und aktuelle Themenvorträge der Repräsentanz- und Partnerbüros aus den USA, China, Japan, Südafrika, Polen, der Türkei, Skandinavien sowie Kuba und Panama. In welchen Branchen liegt Potential? Welcher Markt steigert den Absatz? Wo liegen neue Chancen der Zusammenarbeit? Diesen Fragen widmen sich die Vorträge am Vormittag. Aufgrund der stets regen Nachfrage können persönliche Beratungsgespräche am Nachmittag bereits im Vorfeld vereinbart werden. So können Sie sich ganz gezielt und persönlich zum jeweiligen Zielmarkt beraten lassen. Die NBank bietet ergänzend Beratungsgespräche zum Enterprise Europe Network (EEN) an. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit (bis zum 13. Oktober) finden Sie auf der [Webseite des Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen](#).

29.11.2025 Webinar zu Wirtschaft, Recht und Zoll in der Schweiz

Ein kostenfreies Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am 29. November von 14 bis 15 Uhr informiert dazu, was deutsche Unternehmen im Blick haben müssen, um mit der Schweiz Geschäfte zu machen. Die Schweiz behauptet sich in einem unberechenbaren weltwirtschaftlichen Umfeld. Insbesondere die sprunghafte US-Zollpolitik stellt die exportorientierte Volkswirtschaft vor vielfältige Herausforderungen. Dank einer charakteristischen Mischung aus Stabilität und Dynamik gehört die Schweiz in vielen Bereichen zur Weltspitze. Mit steuerlichen Anreizen, hohen Investitionen in Forschung und einem stabilen regulatorischen Umfeld positioniert sich das Land als Drehscheibe für Hochtechnologie und nachhaltige Industrie. Aus deutscher Sicht zählt die Schweiz zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern außerhalb der EU. Auch wenn es in den letzten Jahren Unsicherheiten gab und immer noch gibt, pflegen die Schweiz und die EU enge Beziehungen, die auch in Zukunft beiden Seiten nutzen sollen. In Zeiten globaler Unsicherheiten bleibt die Schweiz ein verlässlicher Partner: Die enge Verflechtung mit Deutschland zeigt sich im Handel, bei Dienstleistungserbringungen und Investitionen. Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich für deutsche Unternehmen? Welche Szenarien bestehen? Darauf gibt dieses Webinar aktuelle Antworten. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Ägypten: Vorabregistrierung für Luftfracht

(GTAI) – Nach mehrfachen Verschiebungen hat das ägyptische Finanzministerium einen neuen Zeitplan für die verpflichtende Vorabregistrierung von Luftfrachtsendungen bekannt gegeben. Die schrittweise Einführung des "Advanced Cargo Information Systems" (ACI) für Luftfracht soll bis Ende 2025 erfolgen. Die verbindliche Anwendung beginnt ab Januar 2026. Was genau Exporteure jetzt beachten müssen lesen Sie in diesem [Beitrag](#) von Germany Trade & Invest (GTAI).

China: Antidumpingzölle auf Schweinefleisch aus der EU

(GTAI) – Schweinefleisch aus der EU unterliegt bei der Einfuhr in China Antidumpingzöllen. Seit dem 10. September 2025 muss bei der Einfuhr von Schweinefleisch mit Ursprung in der EU zusätzlich zu den üblichen Eingangsabgaben eine Sicherheit in Höhe der vorläufig festgesetzten Antidumpingzölle hinterlegt werden. Für Unternehmen, die bei der Antidumpinguntersuchung kooperiert haben, beträgt der Antidumpingzollsatz zwischen 20 und 32,7 Prozent. Für alle anderen Unternehmen beträgt der Satz 62,4 Prozent. Dies gilt bis zur Veröffentlichung einer endgültigen Entscheidung.

Deutschland: BAFA stellt Prüfung von LkSG-Berichten ein und ändert Bußgeldpraxis

(EU) – Am 3. September 2025 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) beschlossen. Der Regierungsentwurf zielt darauf ab, die Berichtspflicht über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten unmittelbar und rückwirkend abzuschaffen. Auch eine Änderung der Bußgeldvorschriften wird angestrebt. Bußgelder sollen nur noch bei schweren Verstößen gegen die Sorgfaltspflichten verhängt und die Bußgeldtatbestände entsprechend von dreizehn auf vier reduziert werden. Um Unternehmen schon vor dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu entlasten, haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) am 26. September 2025 angewiesen, die Prüfung von Unternehmensberichten ab sofort einzustellen. Das BAFA hat am 1. Oktober 2025 über die sofortige Einstellung der Prüfung von Unternehmensberichten [informiert](#). Damit wird dem gesetzlich angestrebten formalen Wegfall der Erstellungs- und Einreichungspflicht vorgegriffen. Das BAFA wird darüber hinaus die vorgeschlagene Begrenzung von Bußgeldtatbeständen schon untergesetzlich berücksichtigen und bei laufenden und zukünftigen Ordnungswidrigkeitenverfahren Bußgelder nur noch als Ultima Ratio – bei schweren Pflichtverstößen im Zusammenhang mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen – verhängen. Generell wird das BAFA weiterhin einen dialogorientierten Prüfansatz verfolgen. Weitere Informationen finden Sie in einer [Pressemitteilung des BMWE](#).

EU: Antidumpingmaßnahmen im Stahlbereich

(EU) – Am 26. September 2025 hat die Europäische Kommission [Antidumpingzölle](#) gegen Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in Ägypten, Japan und Vietnam eingeführt. Die eingeführten Antidumpingzölle reichen von 11,7 Prozent für Ägypten, 6,9 Prozent bis 30 Prozent für Japan und 12,1 Prozent für Vietnam. Die seit dem 7. April 2024 vorläufig erhobenen Zölle werden nicht rückwirkend erhoben. Auch die Einfuhren aus Indien wurden untersucht, aber diese Untersuchung wurde ohne Einführung von Zöllen eingestellt.

EU: Aussetzung bestimmter Zollpräferenzen gegenüber Indien, Indonesien und Kenia

(DIHK) – Für Indien, Indonesien und Kenia werden APS-Zollpräferenzen ausgesetzt. Diese Maßnahme gilt vom 1. Januar 2026 bis zum 31. Dezember 2028 – oder, falls die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 vor dem 31. Dezember 2028 ausläuft, bis zum Ablauf der Geltungsdauer jener Verordnung. Weiteres finden Sie in dieser [Meldung](#) auf der Webseite der deutschen Zollverwaltung.

EU: Freihandelsabkommen mit Indonesien abgeschlossen

(EU) – Am 23. September 2025 haben die Europäische Union und Indonesien die Verhandlungen über ein umfassendes [Wirtschaftsabkommen](#) und ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen. Laut EU-Angaben werden europäische Exporteure jährlich 600 Millionen Euro an Zöllen einsparen, da die Einfuhrzölle auf 98,5 Prozent der Zolltarifpositionen abgeschafft werden. Außerdem werden 221 geografische Angaben für die EU und 72 geografische Angaben für indonesische Produkte geschützt. Rat und das Europaparlament müssen dem Abkommen noch zustimmen, bevor es in Kraft treten kann. Ziel beider Seiten ist ein Inkrafttreten bis zum 1. Januar 2027.

EU: Neue Stahlschutzmaßnahmen

(DIHK) – Am 7. Oktober 2025 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zum Schutz des Stahlsektors der EU vor unlauteren Auswirkungen globaler Überkapazitäten vorgelegt. Dieser sieht vor, die zollfreien Einfuhrmengen auf 18,3 Millionen Tonnen pro Jahr zu begrenzen (eine Verringerung um 47 Prozent gegenüber den Stahlkontingenten 2024). Zudem soll der Nichtquotenzollsatz auf 50 Prozent verdoppelt werden (gegenüber 25 Prozent im Rahmen der bisher bestehenden Schutzmaßnahme). Schließlich soll die Rückverfolgbarkeit der Stahlmärkte durch Einführung einer Schmelze- und Gießen-Anforderung gestärkt werden, um Umgehungen zu verhindern. Der Vorschlag wird die bis Juni 2026 auslaufende Stahlschutzmaßnahme ersetzen. Die vorgeschlagene Maßnahme ist laut EU-Kommission WTO-konform. Nach Erhalt eines Mandats des Rates wird die EU-Kommission rasch mit den betroffenen EU-Handelspartnern über diese Änderung der WTO-Zölle der EU in Kontakt treten, um ihnen länderspezifische Zuteilungen anzubieten. Angesichts der engen Integration in den EU-Binnenmarkt im Rahmen des EWR-Abkommens werden für Ausfuhren aus Norwegen, Island und Liechtenstein keine Zollkontingente oder -zölle gelten. Der Vorschlag der Kommission wird nun dem

ordentlichen Gesetzgebungsverfahren folgen und nach Zustimmung des Rats und des Europaparlaments in Kraft treten. Zu den Stahlmaßnahmen gelangen Sie [hier](#).

EU: Vereinfachung der CBAM-Regelungen

(EU) – Der Rat der EU hat am 29. September 2025 die Vereinfachung des CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) beschlossen. Mit dem neuen De-minimis-Schwellenwert und weiteren Erleichterungen sollen insbesondere KMU entlastet und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gestärkt werden – bei gleichbleibendem Klimaschutzniveau. Weitere Informationen finden Sie auf der [Webseite der Deutschen Industrie- und Handelskammer](#).

EU: Vorschlag zur Aussetzung des Handelsabkommens mit Israel

(EU) – Die Europäische Kommission hat dem Rat am 17. September 2025 einen Vorschlag zur Aussetzung bestimmter handelsbezogener Bestimmungen ihres Assoziierungsabkommens mit Israel vorgeschlagen. Sollte der Rat mit einem Beschluss zustimmen, werden Einfuhren aus Israel ihren bevorzugten Zugang zum EU-Markt verlieren, das heißt die Wareneinfuhren würden unter den regulären Drittlandzollsatz fallen. Sollte der Beschluss angenommen werden, wird die Aussetzung 30 Tage nach Unterrichtung des Assoziationsrates EU-Israel wirksam.

EU: Vorschläge zur Annahme der Abkommen mit Mexiko und Mercosur

(EU) – Zum Abschluss und zur Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens sowie des Modernisierten Globalabkommens zwischen der EU und Mexiko, hat die Europäische Kommission zwei separate Rechtsinstrumente vorgeschlagen:

- Das Partnerschaftsabkommen EU-Mercosur (EMPA) und das Modernisierte Globalabkommen EU-Mexiko (MGA). Beide Abkommen bedürfen der Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten.
- Zwei Interims-Handelsabkommen (iTAs), eines für den Mercosur und eines für Mexiko. Die iTAs decken nur die Teile des EMPA und des MGA ab, die in die alleinige Zuständigkeit der EU fallen. Sie sollen im Rahmen des EU-eigenen Ratifizierungsverfahrens - das heißt unter Beteiligung des Europäischen Parlaments und des Rates der EU – angenommen werden. Mit dem Inkrafttreten des EMPA und des MGA laufen die iTAs aus.

Dies hat die EU-Kommission in einer [Pressemitteilung vom 3. September 2025](#) bekannt gemacht.

Indien: Neustrukturierung der Umsatzsteuersätze

(GTAI) – Die indische Regierung hat zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der privaten Haushalte Änderungen in der Struktur der Umsatzsteuersätze für Waren und Dienstleistungen beschlossen. Demnach wird es künftig nur noch drei Umsatzsteuersätze geben: einen reduzierten Satz von fünf Prozent,

den Normalsatz von 18 Prozent sowie den Steuersatz für Luxusgüter von 40 Prozent. Die zurzeit noch existierenden Steuersätze von 12 und 28 Prozent werden abgeschafft.

Iran: Verschärfung der EU- und US-Sanktionen

(BAFA) – Ende September 2025 ist der sogenannte UN-„Snapback“-Mechanismus ausgelöst worden. In der Folge haben sowohl die USA als auch die EU ihre Iran-Sanktionen erheblich ausgeweitet. Washington belegte neue Netzwerke aus den Bereichen Rüstungsbeschaffung, Öl und Petrochemie sowie maritime Logistik mit Sanktionen. Die Maßnahmen entfalten extritorale Wirkung. Das heißt, auch Nicht-US-Unternehmen laufen Gefahr, über sogenannte Sekundärsanktionen ins Visier zu geraten – bis hin zu Marktausschluss in den USA. Die EU hat am 29. September 2025 eine Reihe ausgesetzter Restriktionen reaktiviert. Dazu zählen das Waffenembargo, Verbote für den Handel mit Rohöl, Erdgas und petrochemischen Produkten, Restriktionen bei Schlüsselausrüstung für den Energie- und maritimen Bereich, sowie Verbote für Gold, Edelmetalle, Diamanten und bestimmte Software. Ergänzt werden diese durch Finanz- und Verkehrsmaßnahmen. Für Unternehmen in Deutschland und Europa steigen die Risiken erheblich. Selbst ohne direkte Iran-Geschäfte kann es zu Sanktionsberührungspunkten kommen – insbesondere über Finanzströme, Logistik oder indirekte Handelsketten.

Kanada: Meldepflicht für Kunststoffimporte

(GTAI) – Die kanadische Regierung hat das Federal Plastics Registry (FPR) eingeführt, um Daten über Kunststoffprodukte zu sammeln, die in Kanada in Verkehr gebracht werden. Ziel ist es, die Transparenz zu erhöhen und Maßnahmen zur Reduzierung von Plastikabfällen besser zu steuern. Unternehmen, die Kunststoffverpackungen, elektronische Geräte oder Einwegprodukte herstellen, importieren oder vertreiben, sind seit September 2025 verpflichtet, jährlich Bericht zu erstatten. Die Berichtspflicht gilt für Produkte, die typischerweise im Haushaltsabfall landen. Kleine Unternehmen, die weniger als 1000 Kilogramm Kunststoff pro Jahr in Verkehr bringen, sind von der Meldepflicht ausgenommen.

Saudi-Arabien: Neue Anforderung an Importeure

(GTAI) – Seit dem 1. Oktober 2025 sind Importeure in Saudi-Arabien verpflichtet, ein sogenanntes "Shipment Certificate" über die Plattform „Saber“ zu beantragen. Die Beantragung muss vor der Zollanmeldung der Importwaren erfolgen. Diese Vorgabe gilt unabhängig davon, ob es sich um regulierte oder nicht regulierte Produkte handelt. Ohne das Zertifikat ist eine Einfuhrabfertigung durch den saudi-arabischen Zoll künftig nicht mehr möglich. Saber ist eine digitale Plattform zur Ausstellung von Konformitäts- und "Shipment Certificates" für lokal hergestellte und importierte Konsumgüter. Sie soll die Produktsicherheit stärken, Konformitäts- und Einfuhrverfahren vereinfachen. Als Schnittstelle verbindet sie Importeure, die Saudi Standards, Metrology and Quality Organization (SASO), die Zollverwaltung und den Zertifizierer. Das saudische Konformitätsprogramm erfasst nahezu alle Konsum- und Industriewaren und unterscheidet zwischen regulierten und nicht regulierten Produkten. Grundsätzlich ist für regulierte Produkte ein Konformitätszertifikat nötig, für nicht regulierte reicht eine Selbsterklärung. Nicht regulierte Produkte sind

Produkte mit geringem Risiko. Sie haben grundsätzlich freien Marktzugang. Für die Einfuhr dieser Produkte sind eine technische Produktakte und ein Selbsterklärungszertifikat ("Self-Declaration Certificate") in Saber ausreichend. Die Einbindung einer Konformitätsbewertungsstelle und eine Produktzertifizierung sind grundsätzlich nicht notwendig. Regulierte Produkte sind zum Beispiel bestimmte Bauprodukte, Chemikalien wie Öle und Farben und bestimmte Maschinen. Für diese Produkte gibt es technische Vorschriften. Die Konformität mit diesen Vorschriften muss durch eine registrierte Konformitätsbewertungsstelle überprüft werden.

Thailand: Umsatzsteuer bleibt bei sieben Prozent

(GTAI) – Nach dem thailändischen Revenue Code (RC) beträgt der Standardsatz der Umsatzsteuer (Value Added Tax, VAT) zehn Prozent. Allerdings bestimmt die Regierung schon seit einiger Zeit regelmäßig einen niedrigeren Satz von sieben Prozent, unter anderem für die Erbringung von Dienstleistungen. Dessen Fortgeltung war zuletzt bis Ende September 2025 entschieden worden. Vor dem Hintergrund dieses nahenden Stichtages beschloss das Kabinett in Bangkok nun, dass der VAT-Satz von sieben Prozent (inklusive lokaler Steuern) bis zum 30. September 2026 weitergelten soll.

USA: Zusätzliche Zölle auf Holz und Holzprodukte

(GTAI) – Ab dem 14. Oktober 2025 treten in den USA zusätzliche Einfuhrzölle auf Bauholz, Nutzholz, Möbel und weitere Holzprodukte in Kraft. Grundlage ist eine Präsidialproklamation, die den Zolltarif (HTSUS) entsprechend erweitert. Betroffen sind zahlreiche Positionen des Kapitels 44 sowie bestimmte Möbel- und Ausstattungsgüter. Die neuen Zusatzzölle werden zusätzlich zu bestehenden Antidumping- und Ausgleichszöllen erhoben und können – je nach Produktgruppe – erheblich ausfallen. Für Importe aus der EU, dem Vereinigten Königreich und Japan gilt eine Obergrenze von 15 Prozent. Eine weitere Anhebung der Sätze ist bereits zum 1. Januar 2026 vorgesehen.

WTO: Übereinkommen über Fischereisubventionen tritt in Kraft

(GTAI) – Am 15. September 2025 wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) erreicht, wodurch das Übereinkommen über Fischereisubventionen in Kraft trat. Es verpflichtet die Mitglieder, milliarden schwere Subventionen abzubauen, die zur Überfischung der Meere beitragen. Das Abkommen enthält folgende Bestimmungen und Verbote:

- Verbot von Subventionen, die zur illegalen, unregulierten und nicht gemeldeten Fischerei beitragen,
- Verbot von Subventionen für die unregulierte Hochseefischerei,
- Einführung von Nachhaltigkeitsvorschriften für Subventionen im Hinblick auf gefährdete Bestände.

Die Regeln beziehen sich auf Subventionen, die speziell für den Wildfang und fischereibezogene Tätigkeiten auf See gelten und nicht für Fischzucht und Binnenfischerei.

Ländernotizen

Indien: Automobilindustrie wächst weiter

(GTAI) – Die gute Konjunktur in Indien stärkt auch die Automobilindustrie. Im ersten Quartal des Finanzjahres 2025/2026 (1. April bis 31. März) nahm die Fahrzeugproduktion in Indien erneut zu. Die Wachstumsraten sind im Vergleich mit den vergangenen Jahren gering, im internationalen Vergleich aber dennoch gut. Im Finanzjahr 2024/2025 wurden erstmals knapp über fünf Millionen Pkw hergestellt. Linear hochgerechnet würde die Produktion im laufenden Finanzjahr in einer ähnlichen Größenordnung liegen, allerdings bringt besonders die Feiertagssaison in der zweiten Jahreshälfte überdurchschnittliche Nachfrage und entsprechend höheren Produktionsbedarf.

Marokko: Maschinenabsatz hängt oft von der Finanzierung ab

(GTAI) – Die Finanzierung bleibt ein zentrales Hindernis für den Absatz deutscher Maschinen in Marokko. Zwar überzeugt "Made in Germany" durch Qualität, doch sind die Anschaffungskosten hoch. Ob ein Geschäft zustande kommt, hängt oft von der Finanzierung ab – meist eine Kombination aus marokkanischem Kredit, staatlicher Förderung und Hermes-Deckung. Marokkanische Käufer verfolgen dabei vier Ziele: weniger Eigenkapital, Vorzugszinsen, lange Tilgungsfristen und öffentliche Fördermittel. Auch für deutsche Exporteure ist die Finanzierung entscheidend – sie kann über den Vertragsabschluss entscheiden. Das Bankensystem bietet eine Reihe von Produkten an, um den Erwerb von Investitionsgütern zu finanzieren. Die am häufigsten genutzten Instrumente sind der mittel- und langfristige Investitionskredit sowie Leasing.

Mexiko: Automobilindustrie manövriert durch schwieriges Terrain

(GTAI) – Mexikos Herstellung von Pkw nahm im ersten Halbjahr 2025 leicht zu – trotz der US-Zölle und großer Unsicherheit. Doch bei VW und Stellantis ging sie um je rund ein Fünftel zurück. Der mexikanische Automobilsektor hat ein turbulentes erstes Halbjahr 2025 hinter sich, da die USA seit April einen globalen Zusatzzoll auf Kfz in Höhe von 25 Prozent erheben. Zwar kann Mexiko weiterhin präferenzberechtigt im Rahmen des Handelsabkommens USMCA (United States-Mexico-Canada-Agreement) seinen wichtigsten Abnehmer, die USA, beliefern. Dazu müssen im Automobilsektor Fahrzeuge einen Anteil von mindestens 75 Prozent an lokaler Wertschöpfung in Nordamerika erfüllen. Jedoch muss auch bei USMCA-Konformität der Wert der Komponenten in einem Fahrzeug, die nicht aus US-Fertigung stammen, verzollt werden. Diese Regelung gilt Branchenexperten zufolge bereits, wird aber noch nicht angewendet. Kommt es dazu, dürfte das den Zollvorteil durch das USMCA weiter schrumpfen lassen.

Polen: Investitionen in das Recycling kritischer Rohstoffe

(GTAI) – Polen ist ein wichtiger Standort für die Batterieproduktion. Jetzt will das Land auch abgenutzte Energiespeicher wiederverwerten. Die Regierung bezuschusst ein Recyclingwerk. Das Projekt Polvolt ist eines

von EU-weit 47 Vorhaben, die von der Europäischen Kommission ausgewählt wurden, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu verbessern. Das Polvolt-Projekt kostet zwischen 700 Millionen und 800 Millionen Euro. Es wäre eine der größten Investitionen eines privaten polnischen Unternehmens. Zuvor hatte das Recyclingunternehmen am gleichen Ort ein Werk für die Verwertung von Lithium-Ionen-Batterien und Katalysatoren gebaut. Neben der Rückgewinnung verschiedener Edelmetalle wie Kupfer, Silber und Gold entsteht bei dem Recyclingprozess eine Substanz namens schwarze Masse – ein Gemisch aus kritischen Rohstoffen wie Grafit, Kobalt, Lithium, Nickel und Mangan. Die geplante Polvolt-Anlage gewinnt auch diese Substanzen aus der schwarzen Masse zurück. Wiedergewonnene Materialien aus Anlagen wie Polvolt könnten für Polens Batterieindustrie als Rohstoff interessant sein. Das Land zählt zu den europaweit führenden Standorten für die Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien.

Ukraine: Lwiw als Wirtschaftsregion mit Potential

(GTAI) – Lwiw ist eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen der Ukraine. Die westlich gelegene Region punktet mit EU-Nähe, stabiler Sicherheitslage und wachsender Bevölkerung. Sie ist ein bedeutendes Zentrum für Industrie, IT und Logistik. Besonders attraktiv sind Investitionen im Bausektor, in erneuerbare Energien und in der verarbeitenden Industrie. Weitere Informationen unter anderem zum Investitionspotential, Wirtschaftsprofil, Infrastruktur und Arbeitsmarkt finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Ukraine: Rohstoffkooperation mit den USA vor dem Start

(GTAI) – Die Gewinnung und Verarbeitung von Lithiumerzen soll den Anfang der Rohstoffkooperation der Ukraine mit den Vereinigten Staaten machen. Weitere Projekte sind in der Planung. Für deutsche Zulieferer bietet das Geschäftschancen. Die ukrainische Regierung hat die Ausschreibung eines ersten großen Lithiumprojektes für internationale Investoren eingeleitet. Es geht um die Erschließung und Ausbeutung der Lagerstätte Dobra in der zentralukrainischen Region Kirowohrad mit geschätzten 1,2 Millionen Tonnen Lithiumerz. Neben Lithium wird dort auch der Abbau von Tantal, Niob, Rubidium und Beryllium erwartet. Der Gewinner der Ausschreibung verpflichtet sich zu Investitionen von mindestens 152 Millionen Euro, die sowohl die geologische Erkundung als auch die Einleitung der Produktion und die Anreicherung umfassen. Die Investitionsvereinbarung wird eine Laufzeit von 50 Jahren haben und soll als sogenannte Production Sharing Agreement (PSA, Vereinbarung über Produktionsteilung) strukturiert werden. "Wir erwarten einen Investor, der nicht nur die Gewinnung der Rohstoffe sicherstellt, sondern auch die Entwicklung der wertschöpfenden Produktion in der Ukraine", unterstrich die ukrainische Ministerpräsidentin Yulia Svyrydenko.

Vietnam: Ein neuer Player in der Halbleiterindustrie

(GTAI) – Mit dem Bau einer Halbleiterfabrik durch den vietnamesischen Telekommunikationskonzern Viettel beginnt für Vietnam ein neues Kapitel in der Halbleiterindustrie. Die Anlage soll 2025 den Betrieb aufnehmen und wird rund 100 Millionen US-Dollar kosten. Laut Regierungsangaben will Viettel später sogar rund 500 Millionen US-Dollar in das Vorhaben investieren. Die Fabrik entsteht in der Hightech-Zone Hoa Lac bei Hanoi

und soll Forschung, Design, Produktion und Test von Halbleitern unter einem Dach vereinen. Das Projekt setzt einen Meilenstein in der staatlichen Halbleiterstrategie, die im September 2024 verabschiedet wurde, und soll zur technologischen Unabhängigkeit des Landes beitragen. Viettel untersteht dem Verteidigungsministerium und hat Details seiner Chipproduktion noch nicht veröffentlicht. Beobachter vermuten, dass zunächst Halbleiter für militärische Anwendungen und die Telekommunikation produziert werden. Viettel ist ein bedeutender Rüstungshersteller und hat nach eigenen Angaben bereits einen 5G-Chip entwickelt.

Veröffentlichungen

Aktuelles zur EU-Entwaldungsverordnung

Die Wälder der Erde sind von zentraler Bedeutung für den Arten- und Klimaschutz und müssen bewahrt werden – das ist auch in der Wirtschaft Konsens. Mit ihrer Entwaldungsverordnung verfolgt die Europäische Union allerdings einen Ansatz, der viele Unternehmen vor kaum lösbare Aufgaben stellt und die Bürokratieabbaupläne der EU konterkariert. Die Mitte 2023 in Kraft getretene EU Deforestation Regulation (EUDR) soll die Einfuhr von und den Handel mit Produkten verhindern, die in Verbindung zu Entwaldung oder Waldschädigung stehen. Im Einzelnen handelt es sich um Soja, Palmöl, Holz, Kautschuk, Rindfleisch, Kakao, Kaffee und daraus hergestellte Erzeugnisse, also etwa Leder, Schokolade, Zeitungen oder Möbel. Auch wenn der Geltungsbeginn voraussichtlich erneut verschoben wird, gilt es sich mit den Anforderungen auseinanderzusetzen. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) informiert dazu auf ihrer [Webseite](#).

Exportkontrolle: Neuer Leitfaden für Universitäten und Forschungseinrichtungen

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat eine [neue Handreichung](#) veröffentlicht. Diese soll Forscherinnen und Forscher an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen dabei unterstützen, mögliche Berührungspunkte mit der Exportkontrolle zu erkennen. Die Handreichung ergänzt das bestehende Handbuch „Exportkontrolle und Academia“ und enthält praktische Hinweise für den Forschungsalltag. Die Handreichung behandelt Fragen, mit denen Forschende im Alltag konfrontiert sein können. Unter anderem wird behandelt, wann Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Exportkontrolle in Berührung kommen können, selbst wenn sie ausschließlich zivile Forschung betreiben. Darüber hinaus werden die rechtlichen und institutionellen Verantwortlichkeiten erläutert. Angesprochen sind vor allem Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Personal in außeruniversitären Einrichtungen. Sie alle stehen vor der Herausforderung, ihre Forschung in einem zunehmend internationalen Umfeld durchzuführen und dabei rechtliche sowie sicherheitsrelevante Vorgaben einzuhalten.

Verschiedenes

Europäische Spitzenverbände fordern langfristige Vision für EU-Binnenmarkt

Eurochambres, der Dachverband der Europäischen Industrie- und Handelskammern, hat letzte Woche mit den anderen Spitzenverbänden der Europäischen Wirtschaft BusinessEurope, SMEUnited, European Roundtable of Industrialists, Eurocommerce und Digitaleurope eine Diskussionsveranstaltung zur EU-Binnenmarktstrategie im Europäischen Parlament abgehalten. Das hochrangige Event wurde unter der Schirmherrschaft der Europaabgeordneten Lidia Pereira und Laura Ballarin Cereza veranstaltet, teilgenommen haben die zuständigen Minister der Länder des aktuellen „Trios“ der Ratspräsidentschaften, Morten Bødskov aus Dänemark, Peter Burke aus Irland und Giorgos Papanastasiou aus Zypern, sowie die Generaldirektorin für Binnenmarkt, Unternehmertum, Industrie und KMU der Europäischen Kommission Kerstin Jorna. Im Vorfeld hatten die Spitzenverbände der europäischen Wirtschaft eine [gemeinsame Erklärung](#) veröffentlicht, in der erneut auf die Bedeutung eines funktionierenden Binnenmarktes sowie auf Prioritäten aus Sicht der Wirtschaft hingewiesen wird.

Neue EU-Plattform für Rohstofflieferketten

Die EU-Kommission hat eine neue [Webseite](#) unter dem Namen ReMIS (Responsible Mineral Information System) gestartet, bei dem sich Unternehmen anmelden können, die ihre Aktivitäten für verantwortungsvolle Lieferketten veröffentlichen wollen.

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2025